

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18826

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ("Rechtsakt zur Cybersicherheit"), COM (2017) 477 final, BR-Drs. 680/17"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18826 vom 03.11.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18837 des BU vom 07.11.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18940 vom 09.11.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,**

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final,

BR-Drs. 680/17

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“) COM (2017) 477 final, BR-Drs. 680/17, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Für den Vorschlag fehlt eine Rechtsgrundlage. Der Vorschlag wird auf Art. 114 AEUV gestützt, der die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten im Hinblick auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts betrifft. Auf die Binnenmarkt-kompetenz aus Art. 114 AEUV kann eine Maßnahme jedoch nur gestützt werden, wenn sie objektiv der Verbesserung des Funktionierens des Binnenmarktes dient, indem Handelshemmisse abgebaut oder Wettbewerbsverzerrungen beseitigt werden. Diese Rechtsgrundlage ermächtigt jedoch nicht zur Regelung von Sachverhalten, die vorrangig den Aspekt der Sicherheit betreffen.

Einem verbindlichen Austausch operationeller Informationen und Einrichtungen bzw. Ausbau spezieller Gremien und Agenturen mit operationellen Aufgaben bei der Erstellung eines EU-Lagebildes fehlt aufgrund der im Bereich Sicherheit bestehenden Zuständigkeit der Mitgliedstaaten die rechtliche Grundlage. Rechtlich und sachlich geboten erscheint vielmehr, dass für eine „common situational awareness“ auf Ebene der Mitgliedstaaten die Informationsbasis zur Bewertung spezifischer Lagen gestärkt wird.

Darüber hinaus betrifft die IT-Sicherheitszertifizierung insbesondere die nationale Sicherheit und die Souveränität der Mitgliedstaaten. Die Rolle der Mitgliedstaaten im Zertifizierungsprozess für die Bewertung höherer Sicherheitsniveaus muss daher erhalten bleiben.

Die über eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen hinausgehenden Vorschläge zur Verbesserung der Abwehrfähigkeit sind auch im Hinblick auf Subsidiarität- und Verhältnismäßigkeit (Art. 5 Abs. 3 und 4 EUV) kritisch zu beurteilen. Es muss sichergestellt werden, dass in das bestehende Kompetenzgefüge auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht unverhältnismäßig eingegriffen wird und in Deutschland die besonderen Erfordernisse der föderalen Struktur bei der Umsetzung berücksichtigt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller,
Alex Dorow u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/18826

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments
und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" (ENISA)
und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über
die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und
Kommunikationstechnik ("Rechtsakt zur Cybersicherheit"),
COM (2017) 477 final,
BR-Drs. 680/17

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Franz Rieger**
Mitberichterstatter: **Georg Rosenthal**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 7. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmenergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,**

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/18826, 17/18837

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cyber-sicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final, BR-Drs. 680/17

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cyber-sicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“) COM (2017) 477 final, BR-Drs. 680/17, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf

hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Für den Vorschlag fehlt eine Rechtsgrundlage. Der Vorschlag wird auf Art. 114 AEUV gestützt, der die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten im Hinblick auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarkts betrifft. Auf die Binnenmarktkompetenz aus Art. 114 AEUV kann eine Maßnahme jedoch nur gestützt werden, wenn sie objektiv der Verbesserung des Funktionierens des Binnenmarkts dient, indem Handelshemmisse abgebaut oder Wettbewerbsverzerrungen beseitigt werden. Diese Rechtsgrundlage ermächtigt jedoch nicht zur Regelung von Sachverhalten, die vorrangig den Aspekt der Sicherheit betreffen.

Einem verbindlichen Austausch operationeller Informationen und Einrichtungen bzw. Ausbau spezieller Gremien und Agenturen mit operationellen Aufgaben bei der Erstellung eines EU-Lagebilds fehlt aufgrund der im Bereich Sicherheit bestehenden Zuständigkeit der Mitgliedstaaten die rechtliche Grundlage. Rechtlich und sachlich geboten erscheint vielmehr, dass für eine „common situational awareness“ auf Ebene der Mitgliedstaaten die Informationsbasis zur Bewertung spezifischer Lagen gestärkt wird.

Darüber hinaus betrifft die IT-Sicherheitszertifizierung insbesondere die nationale Sicherheit und die Souveränität der Mitgliedstaaten. Die Rolle der Mitgliedstaaten im Zertifizierungsprozess für die Bewertung höherer Sicherheitsniveaus muss daher erhalten bleiben.

Die über eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen hinausgehenden Vorschläge zur Verbesserung der Abwehrfähigkeit sind auch im Hinblick auf Subsidiarität- und Verhältnismäßigkeit (Art. 5 Abs. 3 und 4 EUV) kritisch zu beurteilen. Es muss sichergestellt werden, dass in das bestehende Kompetenzgefüge auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht unverhältnismäßig eingegriffen wird und in Deutschland die besonderen Erfordernisse der föderalen Struktur bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ‚EU-Cybersicherheitsagentur‘ ... und zur Aufhebung der Verordnung ... Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ... Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final,
BR-Drs. 680/17
Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus entschieden bekämpfen!
Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein,
Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Drs. 17/16970, 17/18674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann,
Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur
Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern
Drs. 17/17487, 17/18679 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antisemitismus entschlossen entgegentreten
Drs. 17/17525, 17/18681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach
Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pflege Drs. 17/17593, 17/18695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Packungsbeilage für Arzneimittel in „Leichter Sprache“
Drs. 17/17595, 17/18696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tram-Nordtangente in München verwirklichen
Drs. 17/17816, 17/18797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Barbara Stamm,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Stärkung der Betreuungsvereine
Drs. 17/17860, 17/18789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Oliver Jörg u.a. CSU
Weiterentwicklung des Studienzweigs Musik am Matthias-Grünewald-
Gymnasium Würzburg im Sinne der Begabten- und Hochbegabtenförderung
Drs. 17/17862, 17/18800 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen
Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!
Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

